

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3,50 zL, mit Zustellgeld 3,80 zL. Bei Postbezug monatl. 3,89 zL, vierteljährlich 11,66 zL. Unter Streifenband in Polen monatl. 7,50 zL. Danzig 2,50 G., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 D. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Blattdruck u. schwerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postkonten: Polen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 277

Bromberg, Dienstag, den 4. Dezember 1934

58. Jahrg.

Deutsche Studentenschaft protestiert gegen die Fortnahme der Prager Insignien.

Die akademische Jugend Deutschlands in allen Universitätsstädten des Reiches legte am Sonnabend vormittag durch gewaltige Kundgebungen ein einmütiges Bekenntnis für die deutsche Universität in Prag ab und erhob Einspruch gegen die ungeheuerliche Vergewaltigung der seit Jahrhunderten angestammten Rechte deutscher Studenten.

Die Studierenden der Berliner Hochschulen trafen sich zu einer großen Kundgebung in der Neuen Aula der Universität, bei der der Rektor der Universität und der Führer der Deutschen Studentenschaft Ansprachen hielten. Der Rundfunk verbreitete diese eindrucksvolle Kundgebung über alle deutschen Sender.

Als der Kreisführer der Berliner Studentenschaft, Zapke, die Einleitungsworte gesprochen und den Sinn der Kundgebung umrissen hatte, erhoben sich die Tausende von ihren Plätzen und stimmten das alte Lied deutscher Studenten an: „Burschen heraus!“ Dann ergriff der Rektor der Universität, Professor Fischer, das Wort: „Ein einziger Schmerz hat uns hierher geführt, der Schmerz um unsere gedemütigte Schwester Prag. Ein Grimm erfüllt uns, weil wir machtlos sind gegen schreiendes Unrecht, ein Mitgefühl faßt uns, weil es ein Stück Deutschland ist, das gedemütigt wird, eine deutsche Hochschule, die erniedrigt wird, deutsche Menschen, die leiden. Wir legen feierlich Verwahrung ein gegen das schreiende Unrecht, das Prag geschieht. Wir empfinden es als eigenes, alle sind wir getroffen, wir deutschen Hochschulen!“

Der Führer der Deutschen Studentenschaft, Feickert, legte dar, wie die Deutsche Studentenschaft Anteil an dem Geschick der Brüder jenseits der Grenze genommen hat. Die Gewaltmaßnahmen der Tschechen haben die innere Empörung der studentischen Jugend ausgelöst, nicht nur, weil sie den nationalen Rechten der Deutschen Studentenschaft ins Gesicht schlagen, sondern weil sie ein Akt der Willkür sind, wie er bisher in der Kameradschaft der europäischen Studentenschaft nicht zu verzeichnen gewesen ist.

Die Ansprache des Führers der Deutschen Studentenschaft gipfelte in einem prachtvollen Glaubensbekenntnis zur deutschen Universität in Prag und zur deutschen Sache überhaupt: „Wir glauben auch jetzt, daß es möglich sein wird, die deutsche Universität in Prag zu retten. Endes in ihrem Charakter zu erhalten und sie als Kulturträger unserer Nation zu bewahren. Das Symbol der neuen eisernen Ära und des neuen Szepters in ihrer Einfachheit und Härte sind gleichzeitig Symbol der harten und entschlossenen Weiterarbeit mit unseren Kameraden an der deutschen Universität in Prag.“

Neue Symbole für Prag von allen Seiten!

Der Rektor der schlesischen Friedrich-Wilhelm-Universität in Breslau, Professor Dr. Walz, hat in einer Rede, die er vor der Breslauer Studentenschaft anlässlich der Übertragung der Berliner Protestkundgebung hielt, Vorschläge zur Unterstützung der deutschen Universität in Prag gemacht. Er richtete an die deutschen Dozenten und Studenten im Reich den Appell, durch Sammlungen die Mittel für den Wiederaufbau der in Prag zerstörten Seminarinstitute und Bibliotheken zu beschaffen. Weiter forderte er die deutschen Buchhändler und Verleger auf, der deutschen Universität in Prag wissenschaftliche Werke zu spenden.

Alle deutschen Universitätsrektoren sollen ein Glied ihrer Rektorenkette stiften, aus denen dann eine neue Rektorenkette für den Rektor der deutschen Universität in Prag zusammengestellt werden soll. Diese Vorschläge wurden begeistert aufgenommen. Diese neu zusammengestellte Kette soll das Sinnbild für das feste, unsichtbare Band sein, das alle Deutschen im Reich und jenseits der Grenze umschleibt.

Wie weiter verlautet, wurde von führender völkisch-deutscher Seite der Gedanke geäußert, daß an der Schaffung der neuen Insignien für die Prager deutsche Universität das gesamte Deutschland der Welt beteiligt werden soll, also neben den deutschen Universitäten im Reich vor allem auch die auslandsdeutschen Gruppen in Europa.

Dabei ist es bemerkenswert, daß jetzt auch die Tschechen eine Geste vorbereiten, die den Prestigeverlust wieder ausgleichen soll, den die tschechische Kultur durch die Fortnahme des Insignien der deutschen Universität zweifellos erlitten hat. Der Rektor der Prager tschechischen Universität, Professor Drachovský, erklärte nämlich am Donnerstag vor Vertretern der Prager Tageszeitungen, daß ihn Kenntnis gesetzt habe, der Deutschen Universität neue und würdige Insignien zur Verfügung zu stellen.

Das Prager Universitäts-Enteignungsgesetz von 1920.

Auf tschechischer Seite beruft man sich zur Verteidigung keineswegs nur in deutschen Kreisen verurteilten Gesetzen bei der Fortnahme der Insignien auf das Gesetz vom 19. Februar 1920 betreffend das Verhältnis der

Prager Universitäten. In diesem Gesetz wird zunächst (in § 1) der ehrwürdigen „Deutschen Karl-Ferdinands-Universität“ in Prag der altberühmte Name genommen. Sie heißt seitdem nur schlicht „Deutsche Universität“, während der tschechischen Universität der Name „Karls-Universität“ wiedergegeben wird. Das Universitätsgebäude, das bekannte „Karolinum“ wird (nach § 3) ausschließliches Eigentum der tschechischen Universität, während der deutschen Hochschule nur ein teilweises Benutzungsrecht eingeräumt wird. Nachdem auch Archiv und Registratur zum Eigentum der tschechischen Universität erklärt worden sind, folgt dann der jetzt aktuell gewordene § 5, der folgenden Wortlaut hat:

„Aus demselben Grunde sind die altertümlichen Insignien, Siegel, Bücher, Bilder und anderen Andenken, die der Prager Universität vor der Wirksamkeit des Gesetzes vom 28. Februar 1882, R. G. Bl. Nr. 24, gehört haben, Eigentum der Karls-Universität. Das Ministerium für Schulwesen und Volkskultur entscheidet über die Art der Übergabe dieser Gegenstände an die Karls-Universität (also an die Tschechen. D. R.) und bestimmt, inwieweit hierfür die Deutsche Universität Ersatzgegenstände erhält.“

Dann wird (in § 6) Ähnliches bezüglich der „denkwürdigen oder für die historische Entwicklung der Prager Uni-

versität wertvollen Gegenstände“ der wissenschaftlichen Institute bestimmt. Auch diese sind der tschechischen Karls-Universität zu übergeben.

Es ist uns völlig unerfindlich, wie dieses tschechische Gesetz die Enteignung der Insignien rechtfertigen soll. Wer die Gewalt hat, kann ein Gesetz schreiben. Wer aber ein solches Gesetz schreibt wie das vorliegende Enteignungsgesetz, schafft deshalb noch lange kein richtiges Recht. Auch den Tschechen scheint die Ungeheuerlichkeit ihres „formalen Rechtes“ auf die Insignien nach dem Gesetz vom 19. Februar 1920 aufgegangen zu sein; denn sie haben sich vierzehn Jahre lang gesüßelt, die Symbole der alten Deutschen Karl-Ferdinands-Universität in Besitz zu nehmen, nachdem sie schon einmal das große „Kulturwerk“ vollbracht haben, dieser uralten deutschen Hochschule ihren Namen zu nehmen. Das tschechische Gesetz vom 19. Februar 1920 ist kein Reichsdokument, und die tschechische Karls-Universität hat bei dem jetzt durchgeführten Erwerb der Symbole der Deutschen Universität in einer Weise symbolhaft gehandelt, daß wir die tschechische Volkskultur und akademische Wissenschaft wahrhaftig nicht darum beneiden möchten.

Freie eigene Entwicklung

für deutsche und polnische Minderheiten!

Bemerkenswerte Rede Dr. Friedls in Benthien.

Auf einer Grenzlandkundgebung am Sonnabend in Benthien hielt Reichsinnenminister Dr. Friedl eine längere Rede, in der er u. a. ausführte:

„Die freie eigene Entwicklung aller derjenigen Reichsdeutschen, die sich in Oberschlesien wie im ganzen Reich zum polnischen Volkstum bekennen, haben wir entsprechend den Weisungen unseres Führers zu den Volkstumsfragen sichergestellt. Wir hoffen zuverlässig, daß auch auf diesem Gebiet gerade in Ost-Oberschlesien entsprechende Schritte der anderen Seite folgen werden. Denn genau wie Polen sich für seine Volksgenossen in der ganzen Welt und besonders im benachbarten Deutschland interessiert, werden auch wir niemals anshören, uns für unsere deutschen Volksgenossen im Nachbarland Polen einzusetzen.“

Beide Völker, die so stark aufeinander angewiesen sind, haben heute in der Arbeit für den Wiederaufbau und für die Erfüllung des Friedens starke gemeinsame Interessen. Gerade Oberschlesien mit seinem dichten Industriegebiet wird nur in friedlicher Arbeit zu neuem Wohlstand aufsteigen können. Die Bevölkerung, die nach ihrem Besten, ihrer kulturellen Entwicklung und ihrer Siedlungsgeschichte zum deutschen Volkstum gehört, weist mit das beste Menschenmaterial auf, das Deutschland heute besitzt. Der Aufbau einer eigenen deutschen Industrie in Westdeutschland wäre ohne den Zustrom besten deutschen Blutes aus dem Osten nicht möglich gewesen.

Seute denken wir über diese Industrialisierung anders wie früher. Seute wissen wir, daß nicht die Industrie an sich, nicht die Wirtschaft an der Spitze des Denkens und Handelns stehen darf, sondern der deutsche Mensch. Seute wissen wir, daß es falsch war, die besten Kräfte aus dem Osten wegzuholen. Und darum gilt es heute, diesen Osten aus seiner eigenen Lebenskraft heraus weiter zu entwickeln und ihm darüber hinaus die Jahrzehnte lang entzogenen Kräfte vom Kerngebiet des Reichs aus wieder zuzuführen.

„Mit Hitler verständigen? Niemals, niemals!“

„Frankreich will nur wieder neue Sicherheiten.“

Paris, 3. Dezember.

Die Kammer hat am Freitag, Sonnabend und Sonntag wieder einmal ihre Außenpolitik besprochen, und die Debatte hat wenigstens erneut gezeigt, woher die Kriegsgefahr in Europa kommt. Wenn man gesehen hat, wie die Rede Franklin Bouillons beklatscht wurde und wie der verständigungsfeindliche Führer der Kriegsteilnehmer Coy ganz ohne Beifall die Tribüne verlassen mußte, dann ist kein Zweifel an der Mentalität der Volksvertretung möglich. Die wesentlichen Grundzüge der von uns in der Sonntagsausgabe in größerem Auszuge wiedergegebenen Rede Lavals sind zusammengefaßt folgende:

1. Laval ist gegenüber Deutschland gemäßigt im Ton, so freundlich, wie nach Lage der Dinge möglich.
2. In allen sachlichen Fragen bleibt er im wesentlichen auf den alten französischen Positionen, z. B. Freundschaft mit Italien, bei voller Aufrechterhaltung der Bündnisse mit der Kleinen Entente, Verständigung Paris—Rom—Belgrad, Sicherung der österreichischen Unabhängigkeit, Ablehnung jeder Grenzrevision in Mittel- und Osteuropa, Abschluß des Ostpaktes, Schaffung gegenseitiger militärischer Sicherheitsverträge, die als Ziel der französischen Sicherheitspolitik angegeben werden, kein Anschluß Deutschlands.

3. Laval fordert von Deutschland Beweise für seinen friedlichen Willen und als Wichtigstes, den Eintritt in den Ostpakt.

4. In der Abrüstung bleibt er bei der theoretischen Feststellung, daß Frankreich „die unter Verletzung des Vertrages erfolgte Aufrüstung Deutschlands nicht hinnehmen kann“.

Damit bricht auch schon Laval dieses Thema ab, ohne einen praktischen Weg zur Lösung der Rüstungsangleichung vorgeschlagen zu haben. Auch Laval fordert erst Sicherheit, dann Abrüstung. Als Sicherheitsbedingung Abschluß gegenseitiger Hilfeleistungsverträge, die allein in der Lage wären, Vertrauen zwischen den Völkern zu schaffen. Sehr scharf wandte sich Laval gegen die zweiseitigen Bindungen. Das kann sich gegen übertriebene Hoffnungen auf eine deutsch-französische Sonderlösung richten, aber auch gegen die Hoffnungen sowjetrussischer Kreise auf ein französisch-russisches Sonderbündnis. Überhaupt wurde von Rußland und Polen so gut wie nichts in der Erklärung gesagt.

Nächster Redner ist

Franklin Bouillon

der als sogenannter Oppositioneller auftrat. Ganze anderthalb Stunden hat der Mann die Kammer durch sein rednerisches Talent und seine Konzentration beherrscht. Seine Rede ließ die Lavals sehr schnell veralten. Die Abstimmung

